

## Gesundheitsamt (Amt 43)

**Das Gesundheitsamt hat mit Partnern eine Aktionswoche Diabetes organisiert und über die Volkskrankheit informiert. Es wurde zudem ein Netzwerk zur Bekämpfung von Multiresistenten Erregern im Landkreis gegründet. In der Suchtprävention wurde ein Schwerpunkt der Vorbeugung von Essstörungen gewidmet.**

Das Gesundheitsamt informiert und berät die Bevölkerung, die Verwaltung und die Politik in Fragen der Gesundheit und des gesundheitsbewussten Verhaltens. Zu dem Amt gehören der Amtsärztliche, der Jugendärztliche und der Sozialpsychiatrische Dienst, das Sachgebiet Umweltmedizin, Hygiene und Infektionsschutz, die Heimaufsicht, die Betreuungsbehörde sowie angegliedert die Arbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit.

### 1. Aktionswoche und Aktionstag Diabetes

Immer mehr Menschen in Deutschland erkranken an Diabetes. Während der „Aktionswoche Diabetes“ vom 10. bis 14. November 2014 sowie beim Aktionstag am 14. November in der Stadthalle in Tauberbischofsheim wurde die Bevölkerung über Diabetes aufgeklärt und wurden Möglichkeiten zur Prävention des Diabetes aufgezeigt.

In Deutschland leben heute bereits ca. sechs Millionen Menschen mit Diabetes. Weitere 2,5 Millionen wissen noch nichts von ihrer Erkrankung oder befinden sich in einem Vorstadium des Dia-



Das Diabetesmobil informierte, hier auf dem Marktplatz in Tauberbischofsheim, über Möglichkeiten, der Krankheit vorzubeugen.

betes. Der Trend ist alarmierend. Insbesondere die Zahl der Typ-2-Diabetiker nimmt rapide zu. Ihr Anteil an den Diabetes-Erkrankten beträgt 95 Prozent. Der Volksmund nennt den Typ-2-Diabetes „Alterszucker“. Der Begriff hält sich, doch er zeichnet ein falsches Bild, denn die Betroffenen werden immer jünger. Der Typ-2-Diabetes ist eine klassische Zivilisationskrankheit. Obgleich er eine erbliche Veranlagung hat, ist es vor allem unser Lebensstil, der ihn verursacht. Übergewicht, falsche Ernährung und mangelnde körperliche Bewegung sind die wesentlichen Ursachen für den Ausbruch der Erkrankung.

Tückischerweise verursacht die Erkrankung zu Beginn kaum Beschwerden. Daher bleibt die sich anbahnende Zuckerkrankheit (Prä-Diabetes) meist lange Jahre unerkannt. Diese Unwissenheit ist fatal, denn selbst im Vorstadium des Diabetes ist das Risiko, Gefäßschäden (Arteriosklerose), einen

Herzinfarkt oder einen Schlaganfall zu bekommen, deutlich erhöht. Die gute Nachricht: Wenn sich die Menschen im Stadium des Prä-Diabetes mehr bewegen, sich gesünder ernähren und ihr Gewicht konsequent reduzieren, haben sie große Chancen, die Erkrankung zu verhindern. Wird die Zuckerkrankheit bereits im Vorstadium erkannt, können 60 Prozent der Neuerkrankungen verhindert werden.

Beim Typ-2-Diabetiker ist Basis jeder Behandlung eine Ernährungsumstellung, bei Übergewicht eine Gewichtsreduktion und eine Verminderung der Fettzufuhr, insbesondere der gesättigten Fettsäuren, und eine ballaststoffreichere Kost. Daneben soll die körperliche Aktivität erhöht werden. Die Verhinderung des Typ-2-Diabetes ist eines der wichtigsten Gesundheitsziele der Landesregierung in dieser Legislaturperiode. Mit der „Aktionswoche Diabetes“ hat das Gesundheitsamt in Zusammenarbeit mit dem Diabetes

Zentrum Mergentheim, der Kreisärzteschaft, der Apothekerkammer und vielen weiteren Institutionen im Main-Tauber-Kreis das Vorhaben unterstützt. Durch den Einsatz des „Diabetes-Mobils“ in den Städten Weikersheim, Bad Mergentheim, Lauda, Tauberbischofsheim und Wertheim konnte der Bevölkerung eine wohnortnahe Informationmöglichkeit angeboten werden. Daneben fand eine „Schrittzähleraktion“ in fünf Betrieben im Landkreis statt.

Am Aktionstag Diabetes am 14. November 2014 in der Stadthalle in Tauberbischofsheim wurde die Bevölkerung mit Fachvorträgen und Aktionen aufgeklärt. Am Aktionstag wurden auch die an der Schrittzähleraktion beteiligten Betriebe ausgezeichnet.

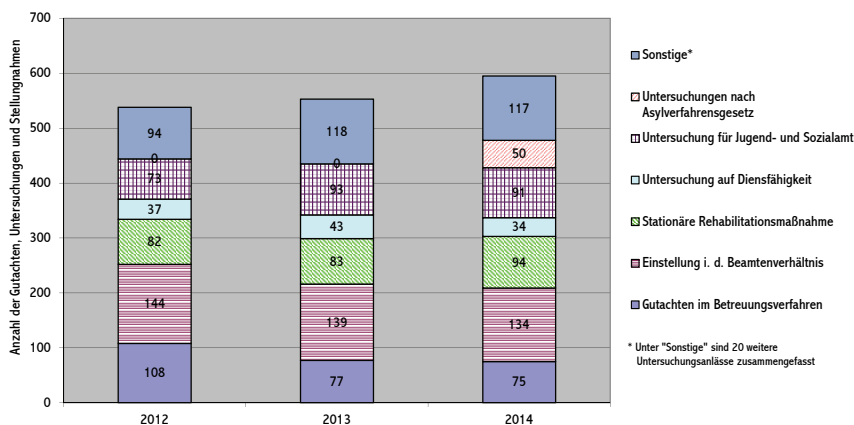
## 2. Amtsärztlicher Dienst und Tuberkulosefürsorge

### 2.1 Amts- und gerichtsärztliche Gutachten, Untersuchungen und Stellungnahmen

Die Ärzte im Gesundheitsamt erstellen zu unterschiedlichsten Anlässen amts- oder gerichtsärztliche Gutachten, führen Untersuchungen durch und geben Stellungnahmen ab. Die Gesamtzahl der im Jahr 2014 durchgeführten Gutachten, Untersuchungen und Stellungnahmen zeigte im Vergleich zu den Vorjahren eine zunehmende Tendenz. Insbesondere kamen 2014 erstmalig 51 Untersuchungen nach § 62 Asylverfahrensgesetz hinzu.

Im Jahr 2014 war die Gesamtzahl der im Auftrag der Amtsgerichte durchgeführten Drogenscreenings mit 188 im

### Amts- und gerichtsärztliche Gutachten, Untersuchungen, Stellungnahmen



Die Grafik zeigt, wie viele amts- und gerichtsärztliche Gutachten, Untersuchungen und Stellungnahmen in den vergangenen drei Jahren im Main-Tauber-Kreis gezählt wurden.

Vergleich zu den Vorjahren weitgehend unverändert.

### 2.2 Mortalitätsstatistik

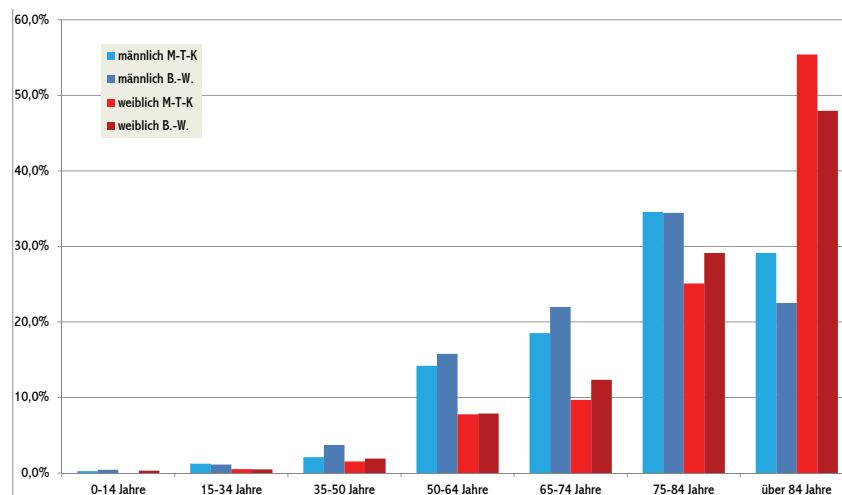
2014 wurden 1525 Leichenschau-scheine im Gesundheitsamt elektronisch erfasst. Diese werden 2015 anonymisiert an das Krebsregister weitergeleitet. Die Lebenserwartung der Frauen ist gegenüber den Männern nach wie vor höher. Verglichen mit dem Landesdurchschnitt scheinen die Menschen im Jahr 2013 statistisch im Main-

Tauber-Kreis etwas älter geworden zu sein. Maßgeblich für die Statistik ist allerdings der Sterbeort und nicht der Wohnort. So beeinflussen beispielsweise Intensivkrankenhäuser (als maßgebliche Sterbeorte) die Statistik.

### 2.3 Tuberkulosefürsorge

Im Jahr 2014 wurden dem Gesundheitsamt fünf Erkrankungen an Tuberkulose gemeldet. Nach § 25 Abs.1 Infektionsschutzgesetz ist das Gesundheitsamt gesetzlich verpflichtet, Art,

### Sterbefälle 2013 im Kreis und im Land



Die Tabelle stellt die Sterbefälle im Kreis und im Land gegenüber und zeigt die Verteilung auf die Altersgruppen und Geschlechter.

Ursache, Ansteckungsquelle und Ausbreitung einer Krankheit zu ermitteln.

Um in den jeweiligen Fällen abzuklären, ob sich Kontaktpersonen möglicherweise mit Tuberkulosebakterien angesteckt haben, werden Umgebungsuntersuchungen durchgeführt. In den meisten Fällen erfolgt ein Interferon-Gamma-Test (Bluttest). Es können aber auch Tuberkulin-Hauttests oder eine Röntgenaufnahme der Lunge erforderlich sein.

Durch die fünf Tuberkulosefälle im Jahr 2014 mussten insgesamt neun Kontaktpersonen untersucht werden. Des Weiteren wurden dem Gesundheitsamt sieben Kontaktpersonen von anderen Gesundheitsämtern gemeldet, die mit einem Tuberkulose-Erkrankten Kontakt hatten und im Main-Tauber-Kreis wohnen.

#### **2.4 Etablierung eines Netzwerkes zur Bekämpfung von Multiresistenten Erregern (MRE) im Main-Tauber-Kreis**

Das Ziel eines MRE-Netzwerkes ist die Bekämpfung der Weiterverbreitung multiresistenter Erreger. Multi-resistente Erreger (MRE) sind Bakterien, die durch ihre Antibiotika-Resistenzen die Therapie von Patienten erschweren. Daher stellen sie ein gravierendes Problem in Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie der Alten- und Langzeitpflege dar. Der bekannteste Vertreter ist der Methicillin-resistente *Staphylococcus aureus* (MRSA). Aber auch weitere multiresistente Keime wie Vancomycin-resistente Enterokokken (VRE) sowie multiresistente

gramnegative Stäbchenbakterien (3-MRGN, 4-MRGN) gewinnen zunehmend an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund sind gezielte Präventionsmaßnahmen, insbesondere an den Schnittstellen von stationärer und ambulanter Versorgung, unabdingbar und ein wesentlicher Beitrag zur Patientensicherheit und der öffentlichen Gesundheit. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass die Versorgung von Patienten mit Nachweis von MRE nicht nur die Kliniken betrifft, sondern alle Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Die Zielgruppe für das Netzwerk sind alle im Gesundheitswesen Beteiligten sowie interessierte Einrichtungen und Personen, insbesondere Vertreter aller ambulanten und stationären Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Kreisärzteschaft. Die Notwendigkeit einer gemeinsamen Strategie mit gezielten Präventionsmaßnahmen zur Bekämpfung der Weiterverbreitung multiresistenter Erreger an Schnittstellen der Versorgung wurde von den Teilnehmern als unabdingbar gesehen.

Nach den Vorträgen zu dem Thema MRE wurde das regionale Netzwerk zur Bekämpfung von MRE gegründet. Als erster Schritt wurde die flächendeckende Einführung eines MRE-Überleitbogens im Main-Tauber-Kreis vereinbart.

Dieser MRE-Überleitbogen, der insbesondere an den Schnittstellen von stationärer und ambulanter Versorgung flächendeckend im Main-Tauber-Kreis verwendet werden soll, wurde vom MRE-Netzwerk Baden-Württemberg datenschutzrechtlich geprüft und darf nun an alle Beteiligten offen weitergegeben werden.

Von allen Teilnehmern der Auftaktveranstaltung wurde der Überleitbogen als wesentlicher Beitrag zur Patientensicherheit und öffentlichen Gesundheit gesehen. Die gemeinsame Strategie zur Prävention der Weiterverbreitung von MRE und die Erörterung der aktuellen Resistenzlage in der Region sollen bei weiteren Veranstaltungen weiter verfolgt werden.



Gründungsveranstaltung des MRE-Netzwerkes: Die teilnehmenden Institutionen kämpfen gemeinsam für Patientensicherheit und öffentliche Gesundheit.

### 3. Kinder- und Jugendärztlicher Dienst

#### 3.1 Einschulungsuntersuchungen

Entsprechend der Neukonzeption der Einschulungsuntersuchung werden alle Kinder im vorletzten Kindergartenjahr (vier bis fünf Jahre alt) im sogenannten „Schritt 1“ untersucht. „Schritt 2“ im letzten Kindergartenjahr (fünf bis sechs Jahre alte Kinder) erfolgt nur bei ausgewählten Kindern.

##### 3.1.1 Einschulungsjahrgang 2014

Schritt 1 erfolgte für die im Jahr 2014 schulpflichtig werdenden Kinder von Oktober 2012 bis September 2013. Flächendeckend konnte diese Schritt 1-Untersuchung allen 1087 Kindern im Landkreis angeboten werden.

Ausgehend von den Ergebnissen dieser Schritt-1-Untersuchung wurde mit den Erzieher/innen telefonische Rücksprache gehalten; nur für „auffällige Kinder“ wurde von den Erzieher/innen nochmals ein Entwicklungsfragebogen (Beobachtungsbogen für Schritt 2, validierte Grenzsteine der Entwicklung für 72 Monate) ausgefüllt.

Bei erheblichen physischen oder psychischen Problemen, bei Antrag auf Zurückstellung oder auf Anforderung der Schule erfolgte eine ärztliche Nachuntersuchung im Schritt 2. Dies betraf acht Prozent der 1087 Kinder im Zeitraum Februar bis April 2014. Im Vergleich zum Vorjahr wurde Schritt 2 zeitlich deutlich vorverlegt, so dass – wie von Eltern und Erzieher/innen gewünscht – die Untersuchungsergeb-



Für großen Arbeitsaufwand sorgt regelmäßig die Einschulungsuntersuchung.

Foto: Fotolia.com

nisse in die Entscheidungsfindung bei der Schulanmeldung besser einfließen konnten.

##### 3.1.2 Einschulungsjahrgang 2015

Mit der Schritt-1-Untersuchung der im Jahr 2015 schulpflichtig werdenden Kinder wurde im Oktober 2013 begonnen. Bis September 2014 konnte flächendeckend allen 1041 Kindern im Landkreis diese Untersuchung angeboten werden. Nach dieser Basisuntersuchung erfolgte bei 457 Kindern eine ausführliche Nachuntersuchung. Diese bestand bei 153 Kindern (14,5 Prozent) in einer ausführlichen ärztlichen Nachuntersuchung aufgrund von Auffälligkeiten in den Bereichen Grobmotorik sowie Fein-, Grapho- oder Visuomotorik. Teilweise standen auch Verhaltensprobleme im Vordergrund.

404 Kinder (38 Prozent) waren im Sprachscreening (HASE Test = Heidelberger Auditives Screening in der

Einschulungsuntersuchung) auffällig, so die sprachlichen Fähigkeiten mit dem SETK 3-5 (Sprachentwicklungstest für drei- bis fünfjährige Kinder) näher überprüft wurden. Dabei ergab sich für 344 ein intensiver Sprachförderbedarf, dies entspricht 33 Prozent aller im Schritt 1 untersuchten Kinder.

Für diese sprachauffälligen Kinder konnten die Kindergärten fristgerecht Gelder bei der Landesstiftung Baden-Württemberg für Sprachprogramme beantragen (SBS oder ISK). Die Auswertung der elektronisch erfassten Daten erfolgt zentral im Landesgesundheitsamt Stuttgart. Bisher liegen für den Einschulungsjahrgang 2015 jedoch noch keine konkreten Ergebnisse vor.

##### 3.1.3 Einschulungsjahrgang 2016

Im Oktober 2014 wurde mit der Einschulungsuntersuchung der im Jahr 2016 schulpflichtig werdenden Kinder begonnen.

In Absprache mit Schul- und Jugendamt wurde erstmals beim Einschulungsjahrgang 2014 allen Kindern eine Bescheinigung über die Teilnahme ausgehändigt. Die Schulen forderten nun vereinbarungsgemäß erstmals bei der Anmeldung im Jahr 2014 die Vorlage dieser Bescheinigung. Diese gemeinsame Vereinbarung trägt dem Gedanken des Kinderschutzes Rechnung, denn gerade Risikokinder, Kinder ohne regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen oder zum Teil auch ohne regelmäßigen Kindergartenbesuch fehlten bei der Basisuntersuchung manchmal trotz wiederholter Einladungen.

Fortgeführt bzw. weiter etabliert wurde, dass bei direkt im Gesundheitsamt stattfindenden Einschulungsuntersuchungen Kinder mit schwerer Karies direkt den Fachfrauen für Zahngesundheit bzw. der Zahnärztin im Hause vorgestellt wurden. Da die Kinder in Begleitung ihrer Eltern im Hause waren, konnte man mit dieser Beratung auch die Eltern direkt erreichen.

### 3.2. Aktionstage/Projektstage

Seit vielen Jahren bietet das Gesundheitsamt Aktionstage an Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen an und trägt damit dem Ziel der Gesundheitsförderung und Prävention Rechnung. Unter dem Motto „Ich will gesund bleiben“ bzw. „Projekttag als Impuls zu gesunder Lebensweise“ fanden wieder fünf Aktionstage im Schuljahr 2013/2014 statt. Nach wie vor wirkten innerhalb des Landratsamtes das Umweltschutzamt, das Landwirtschaftsamt, das Veterinäramt und die Fachfrauen für Zahngesundheit der Ar-

beitsgemeinschaft Zahngesundheit im Main-Tauber-Kreis mit. Als freie Mitarbeiter beteiligten sich ein niedergelassener Kinderarzt sowie zwei Physiotherapeutinnen. An einem solchen Aktionstag durchlaufen die Schüler mit ihren Lehrern an Grundschulen sechs Stationen (Sport, gesunde Ernährung, Arztstation, Zahnprophylaxe, Umwelt, Entspannung), an Haupt- und Realschulen vier Stationen (Sport, gesunde Ernährung, Arztstation, Entspannung/ Wohlfühlstation).

Die vom Gesundheitsamt angebotene Arztstation wurde im Jahr 2014 völlig neu konzipiert und ist jetzt insbesondere den Sinnesorganen gewidmet. Neben dem Sehtest dürfen die Kinder ihren Tast-, Riech-, Hör-, und Geschmackssinn besser kennenlernen und in Versuchen testen.

Das Gymnasium Wertheim gestaltete wieder einen Projekttag zur Vorbeugung von Hörstörungen. Das Gesundheitsamt beteiligte sich wie in den Vor-

jahren mit dem Angebot eines Hörtestes für alle teilnehmenden Schüler der Unter- und Mittelstufe.

### 3.3 Infektionskrankheiten in Gemeinschaftseinrichtungen für Kinder

Unverändert stellt hartnäckiger, zum Teil rezidivierender Kopflausbefall nicht nur die betroffenen Kinder und ihre Familien, sondern auch die Gemeinschaftseinrichtungen vor besondere Herausforderungen. Unterstützend wurden Elternnachmittage und -abende an Schulen angeboten in Ergänzung zu schriftlichem Informationsmaterial. In besonders hartnäckigen Fällen wurden auch individuelle Beratungen einzelner Kinder bzw. von deren Familien zum Teil in häuslicher Umgebung durchgeführt. Insgesamt wurden im Jahr 2014 von 29 Schulen und 15 Kindergärten 205 Kinder und Jugendliche mit Läusebefall gemeldet.

### 3.4 Impfberatungen

Bei allen Einschulungsuntersuchungen erhalten die Eltern den Elternratgeber. Dieser enthält die aktuellen Impfempfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO). Anhand der mitgebrachten Impfbücher wird auf fehlende Impfungen hingewiesen. Auch bei den Aktionstagen können die Schüler ihre Impfpässe mitbringen und erhalten dann individuelle Impfberatungen. Gerade bei den Jugendlichen wird besonderer Wert auf die HPV-Impfung bei Mädchen zur Verhinderung von Gebärmutterhalskrebs gelegt. Auch die Vervollständigung bzw. die Auffrischung der Impfungen gegen Masern/ Mumps/

**Impfkalender für Kinder & Jugendliche**

Gemäß Impfempfehlung der Ständigen Impfkommission (STIKO) von August 2014

**1. - 2. Lebensjahr**  
Grundimmunisierung gegen Diphtherie, Tetanus, Keuchhusten, Hepatitis B, Polio, Hib, Pneumokokken,  
2 Impfungen gegen Masern-Mumps-Röteln, Windpocken  
Impfung gegen Meningokokken  
2 bzw. 3 Impfungen gegen Rotaviren

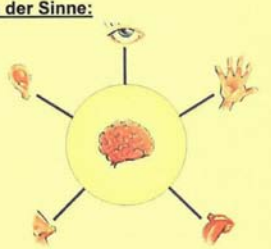
**5. - 6. Lebensjahr**  
Diphtherie-Tetanus-Keuchhusten  
Auffrischimpfung

**9. - 17. Lebensjahr**  
Auffrischungen gegen Diphtherie, Tetanus, Polio, Keuchhusten

Impfung gegen humane Papillomaviren (Gebärmutterhalskrebs) für alle Mädchen von 9 - 14 Jahren

**Ranzengewicht:**  
Dein Ranzon sollte höchstens 10 – 15 % Deines Körpergewichts wiegen.

**Station der Sinne:**



**Sehtest:**

War in Ordnung.

Du solltest dich beim Augenarzt genauer untersuchen lassen.

Aktionstage an Schulen: Die vom Gesundheitsamt angebotene Checkliste wurde im Jahr 2014 völlig neu konzipiert und ist jetzt insbesondere den Sinnesorganen gewidmet.

Röteln/ Windpocken/ Keuchhusten ist häufig Thema in den Beratungsgesprächen.

Die von der WHO angestrebte Ausrottung der Masern kann nur durch eine mindestens einmalige, besser zweimalige Masernimpfung erreicht werden. Erforderlich hierfür ist das Erreichen oder Bewahren einer Impfquote von 95 Prozent; d.h. 95 Prozent eines Jahrgangs sollten (mindestens einmal, besser zweimal) gegen Masern geimpft sein. Im Main-Tauber-Kreis wurde das Ziel zumindest einer einmaligen Impfung bei den Einschulungsjahrgängen seit 2012 durchgehend erreicht. Die Quote der bezüglich Masern, Mumps und Röteln geimpften Kinder konnte seit 2012 stetig gesteigert werden.

**3.5 Tätigkeiten für das Eingliederungs- und Versorgungsamt**

Im Jahr 2014 wurden für Kinder und Jugendliche 26 Anträge auf Erteilung, Verlängerung oder Veränderung ihres Behindertenausweises bearbeitet.

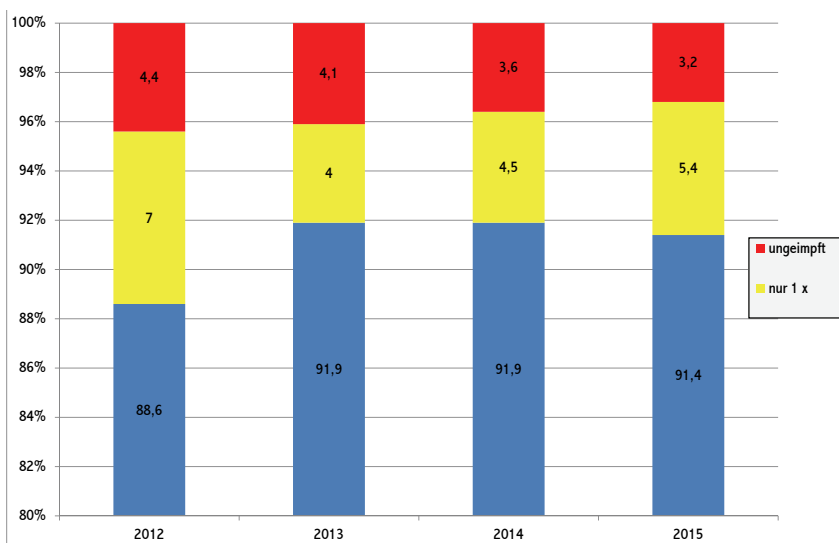
**3.6 Nachholen von versäumten Vorsorgeuntersuchungen**

Im Jahr 2014 wurden insgesamt sieben Vorsorgeuntersuchungen (U7a, U8, U9) im Gesundheitsamt nachgeholt, da diese innerhalb der von den gesetzlichen Krankenkassen gesetzten Fristen versäumt worden waren.

**4. Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit (AGZ)**

Gesunde Zähne sind ein wesentlicher Bestandteil für eine gesunde Entwick-

**Masernimpfung bei einzuschulenden Kindern im Main-Tauber-Kreis**



Im Main-Tauber-Kreis wurde das Ziel zumindest einer einmaligen Impfung bei den Einschulungsjahrgängen seit 2012 durchgehend erreicht.

lung. Dies nahm die regionale Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit (AGZ) am Tag der Zahngesundheit 2014 zum Anlass, eine Fortbildungsveranstaltung für Erzieherinnen in Krippengruppen durchzuführen. Das Thema lautete „Trinken aus dem Glas macht schon den Kleinsten Spaß!“

Das Ziel dieser Aktion war, durch frühzeitige Aufklärung die Fläschchenkaries möglichst zu verhindern. Die Erzieherinnen wurden als Multiplikatoren geschult, damit Kinder, sobald sie sitzen, schon aus dem Glas trinken können. Sie bekamen von der Referentin praktische Tipps zur Umsetzung in ihrer Einrichtung. Durch den gesetzlichen Anspruch der Eltern auf einen Krippenplatz bekommt die Regionale AGZ nun die Chance, einen Teil der Null- bis Dreijährigen zu erreichen. Diese Kinder besuchen im Idealfall frühestens mit zweieinhalb Jahren den Zahnarzt zur Frühuntersuchung. Zu diesem Zeitpunkt ist es oft schon zu spät und eine Behandlung der kaputten Milchzähne,

eventuell sogar in Narkose, ist die Folge. Daher wird im Main-Tauber-Kreis seit vielen Jahren flächendeckend der Zahnärztliche Kinderpass von allen Gynäkologen über die regionale AGZ an werdende Mütter ausgeteilt.

Des Weiteren veranstaltete die Regionale Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit folgende Aktionen: einen Vortrag über gesunde Kinderzähne im Caritas-Krankenhaus Bad Mergentheim, eine Schulung der Schüler von zwei Krankenpflegeschulen, ein Gewinnspiel für 3. und 4. Klassen, die auf freiwilliger Basis komplett den jährlichen Zahnarztbesuch nachgewiesen haben, die Teilnahme an der Genussmesse in Tauberbischofsheim im Oktober 2014 und eine Zahnpflegeberatung der Familien in der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Bad Mergentheim in den Sommerferien.

Von den Fachfrauen für Zahngesundheit wurden im Schuljahr 2013/2014 mehr als 13.000 Kinder mit alters-

gerechtem Prophylaxe-Unterricht erreicht. Betreut wurden folgende Einrichtungen: Kinderkrippen, Kindergärten, die Klassen 1 bis 4 der Grundschulen und die Klassen 5, 7 und 9 der Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie der Gymnasien.

Zahnärztlich wurden alle Schüler der ersten Klassen des Main-Tauber-Kreises untersucht. Ungefähr 65 Prozent der Kinder hatten ein naturgesundes Gebiss. Auch alle Förderschüler der Klassen 1 bis 9 wurden untersucht und fluoridiert, soweit die Einverständniserklärung der Eltern vorlag. In den Kindergärten wurden zirka 1000 Kinder von den Vertragszahnärzten untersucht. In dieser Gruppe hatten 84 Prozent der Kinder naturgesunde Zähne.

**5. Sachgebiet Umweltmedizin, Hygiene und Infektionsschutz**

**5.1 Infektionsschutz**

Wie auch in den zurückliegenden Jahren haben meldepflichtige Infektionskrankheiten einen wichtigen Anteil am Krankheitsgeschehen in Baden-Württemberg. Der Nachweis bestimmter Krankheitserreger muss ebenso gemeldet werden wie das Auftreten bestimmter Erkrankungen. Insbesondere die Labore erfüllen diese Meldepflicht gut. Von den 504 erfassten Meldungen im Jahr 2014 wurden dem Gesundheitsamt 363 Meldungen (72 Prozent) von den Laboren zugefaxt. Jede Meldung wurde vom Gesundheitsamt elektronisch erfasst; meist wurden weitere Ermittlungen durchgeführt, und die Erkrankten wurden über die Infektionsgefahr aufgeklärt. Alle Meldungen wur-

den in anonymisierter Form über das Landesgesundheitsamt Stuttgart an das Robert-Koch-Institut in Berlin weitergeleitet.

Auffällig waren im Jahr 2014 gehäuft auftretende Skabies-Erkrankungen (Krätze), die einen erhöhten Beratungsbedarf mit Aufklärungen vor Ort zur Folge hatten.

**5.2 Trinkwasser-Hausinstallationen**

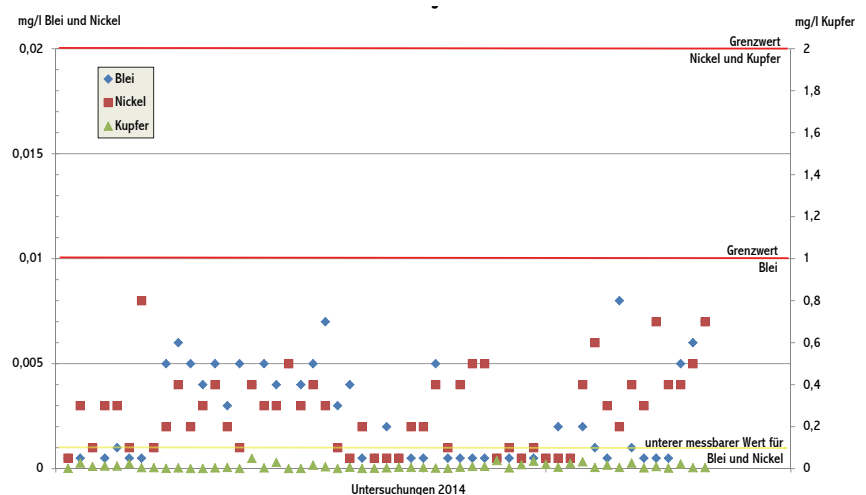
2012 wurde die gesetzliche Untersuchungspflicht auf Legionellen in Großanlagen zur Trinkwassererwärmung eingeführt. Seitdem wurden dem Gesundheitsamt 60 Überschreitungen des Maßnahmewerts (100 Legionellen in 100 ml Trinkwasser) gemeldet. Bei 13 Einrichtungen wurde eine extrem hohe Kontamination festgestellt, bei welcher eine sofortige Nutzungseinschränkung (wie zum Beispiel ein

Duschverbot) erfolgen musste. In 23 Einrichtungen wurde eine hohe Kontamination und in 24 Einrichtungen wurde eine mittlere Kontamination mit Legionellen ermittelt. Die Inhaber der betroffenen Trinkwasserinstallationen mussten bei Überschreitungen unter anderem Untersuchungen zur Aufklärung der Ursache durchführen, eine Gefährdungsanalyse erstellen und dem Gesundheitsamt unverzüglich die von ihnen ergriffenen Maßnahmen mitteilen.

**5.3 Öffentliche Trinkwasserversorgung**

Die Qualität des Trinkwassers muss vom Wasserversorgungsunternehmen regelmäßig untersucht und die Untersuchungsbefunde müssen dem Gesundheitsamt zugesandt werden. Die Befunde aller Trinkwasserversorgungsanlagen, aus denen pro Tag mehr als zehn

**Blei, Nickel Kupfer im Trinkwasser des Main-Tauber-Kreises**



Die Grafik verdeutlicht am Beispiel der Metalle „Blei“, „Nickel“ und „Kupfer“ die vorgefundene gute Trinkwasserqualität. In der Grafik sind alle Befunde dieser Metalle aus dem Jahr 2014 aufgeführt. Sie liegen deutlich unterhalb des Grenzwertes, was auch auf das hier vorherrschende harte Wasser zurückzuführen ist. Hartes Wasser ist einerseits aufgrund der Kalkablagerungen unbeliebt, schützt aber andererseits auch vor Korrosion und damit vor höheren Metallkonzentrationen im Trinkwasser.

Kubikmeter Wasser abgegeben wird, werden in Baden-Württemberg 2015 erstmalig in elektronischer Form über die oberste Landesbehörde dem Bundesministerium für Gesundheit zugesandt. Die Untersuchungslabore sandten hierzu ihre Befunde 2014 dem Gesundheitsamt ausschließlich in einer vorgegebenen elektronischen Form zu, welche es erlaubte, die Befunddaten automatisch zu erfassen und der jeweiligen Trinkwasser-Entnahmestelle zuzuordnen. Bisher wurden hier nur die mikrobiologischen Parameter von Hand erfasst, sowie Art und Umfang der Untersuchungen und eventuelle Auffälligkeiten. Nun sind auch sämtliche chemischen Parameter in der Datenbank erfasst und können statistisch ausgewertet werden.

#### 5.4 Badeseen

Im Main-Tauber-Kreis wurden auch im Jahr 2014 die sieben Badegewässer nach EU-Vorgaben durch das Gesundheitsamt überwacht. Dazu wurden während der Badesaison von Mai bis September 70 geplante Wasserproben und sechs Nachproben entnommen, die vom Regierungspräsidium Stuttgart – Landesgesundheitsamt auf mikrobiologische Verunreinigungen untersucht wurden. Bei verstärkter Algenbildung untersuchte das Landesgesundheitsamt zudem auf das Blaualgentoxin „Microcystin“. Vor Ort wurden durch das Gesundheitsamt die Temperatur, der Sauerstoffgehalt und der pH-Wert gemessen.

Wegen erhöhter bakteriologischer Belastung aufgrund heftiger Niederschläge musste 2014 für zwei Badeseen ein



Die Qualität des Trinkwassers muss von den Wasserversorgungsunternehmen regelmäßig untersucht werden.

Foto: piu700 / pixelio.de

vorübergehendes Badeverbot erlassen werden. Bei einem Badesees mussten aufgrund einer Blaualgenblüte Warnhinweise angebracht werden. Alle Informationen zu den Badeseen einschließlich der Untersuchungsbefunde werden durch das Gesundheitsamt in der interaktiven Badegewässerkarte Baden-Württembergs ins Internet gestellt und können unter <https://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/12524/> abgerufen werden. Die Daten werden fortlaufend aktualisiert.

#### 5.5 Sonstiges

Im Jahr 2014 wurde für 1042 Personen die etwa einstündige Erstbelehrung über das Tätigkeitsverbot im Lebensmittelbereich nach § 43 Infektionsschutzgesetz durchgeführt.

Das Sachgebiet nahm Stellung in Bauleitverfahren sowie zu diversen einzelnen baurechtlichen Verfahren (zum Beispiel Neubau Krankenhaus, Arztpraxen, Kindergärten, Objekte der Wasserversorgung). In mehreren Fällen begutachtete das Gesundheitsamt Belastungen der Innenraumluft in öffentlichen Gebäuden wie Kindergärten und Schulen. Im umweltmedizinischen Bereich war aus der Bevölkerung auch 2014 insbesondere die Beratung zur Schimmelpilzproblematik gefragt.

### 6. Sozialpsychiatrischer Dienst – Sozialdienst – Betriebliche Sozialberatung – Schwangerschaftskonfliktberatung – Kommunale Suchtprävention

#### 6.1 Sozialpsychiatrischer Dienst

Der Sozialpsychiatrische Dienst (SpDi) des Main-Tauber-Kreises bietet ambulante Hilfs- und Betreuungsangebote für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen im Main-Tauber-Kreis. Der SpDi ergänzt das psychosoziale Hilfsangebot des Landkreises. Grundgedanke ambulanter sozialpsychiatrischer Hilfe ist, dass Problemsituationen und Konflikte primär dort zu lösen sind, wo sie entstehen. Hieraus ergibt sich die Anforderung einer überwiegend mobilen, aufsuchenden Betreuungsform in der sozialen Lebenswelt der Klienten. Es finden zudem regelmäßige Sprechstunden in Freudenberg, Wertheim, Bad Mergentheim und Tauberbischofsheim statt.

Die Gesamtzahl der Klientenkontakte ist auch im Jahr 2014 weiter konstant hoch. Etwa 230 Menschen wurden



durch den SpDi in unterschiedlicher Intensität und Form beraten, begleitet und betreut.

Die statistische Verteilung der Betreuungskontakte ist gleichbleibend. Während bei zirca 40 Prozent der Fälle im Rahmen eines Kurzkontaktes (weniger als fünf Einzelkontakte) eine schnelle Situationsabklärung erfolgen kann (zum Beispiel mit dem Einleiten anderer Unterstützungsmöglichkeiten oder der Verweis an andere Stellen), besteht beim Gros der Klientel (zirca 60 Prozent) ein längerfristiger, meist bereits langjähriger Betreuungskontakt.

Neben der sogenannten Grundversorgung werden zirca zehn Prozent der Klienten im Rahmen einer ärztlich verordneten und von den Krankenkassen finanzierten Soziotherapie sehr intensiv begleitet. Das Einbeziehen des sozialen Umfeldes und die Vernetzung von unterschiedlichen Hilfsangeboten sind dabei besonders wichtig. Die Betreuungsfrequenz hier liegt bei wöchentlichen bis 14-tägigen Gesprächskontakten.

Das seit vielen Jahren etablierte Gruppenangebot „Der Frühstückstreff“ findet als offenes Kontaktangebot für psychisch kranke Menschen zunehmend Zuspruch. Im zwanglosen Rahmen dient er als Treffpunkt für Gespräche und zum Informationsaustausch.

## 6.2 Allgemeiner Sozialdienst

Über die Tätigkeit des Sozialpsychiatrischen Dienstes hinaus erbringen die Mitarbeiter Dienstleistungen im Rahmen des Allgemeinen Sozialdienstes.

Hierbei handelt es sich vornehmlich um Hilfen für Menschen in unterschiedlichsten psychosozialen Notlagen (zum Beispiel alte und hilfebedürftige, allein stehende Menschen, Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen, mit altersbedingten Einschränkungen oder multiplen Suchtproblematiken), denen im Rahmen eines aufsuchenden Dienstes ambulante Hilfen selbst angeboten oder vermittelt werden. Mit den unterstützenden Hilfen soll ein Weiterleben im eigenen Zuhause ermöglicht werden. Hier arbeiten die Mitarbeiter unter anderem eng mit den örtlichen Behörden, wie zum Beispiel Polizeidienststellen, Ordnungsämtern, der Betreuungsbehörde des Landratsamtes, den Nachbarschaftshilfen, Sozialstationen und Suchtberatungsstellen zusammen. Sollte ein Leben zuhause nicht mehr möglich erscheinen oder sind spezi-

fischere Hilfen indiziert (zum Beispiel in Rehabilitationseinrichtungen, Fachkliniken für Suchterkrankungen, Pflege-/Altenheimen), arbeiten die Mitarbeiter auch hier mit den hierfür zuständigen Stellen eng zusammen, bis eine Weitervermittlung realisiert werden kann und eine Übergabe dorthin abgeschlossen ist. Einige Einzelfälle landen anschließend oftmals wieder in der Betreuung des Sozialpsychiatrischen Dienstes.

## 6.3 Betriebliche Sozialberatung

Seit 1. Juli 2012 besteht zwischen einem renommierten Unternehmen des Landkreises und dem Landratsamt Main-Tauber-Kreis eine Vereinbarung zur betrieblichen Sozialberatung der Mitarbeiter. Ziel ist es, die Mitarbeiter unbürokratisch, niederschwellig, zeitnah und vertraulich bei der Bewältigung individueller Problemlagen, die auf die berufliche Tätigkeit Einfluss haben, zu unterstützen. Die Mitarbeiter des Unternehmens werden auf eigenen Wunsch hin zeitnah bei psychischen und sozialen Belastungen, Beeinträchtigungen oder Konflikten im betrieblichen und persönlichen Umfeld beraten.

## 6.4 Schwangerenberatung

In die Schwangerschaftskonfliktberatung kamen im Jahr 2014 27 Frauen, die in ihrer Entscheidungsfindung beraten wurden. In der Schwangerenberatung waren es fünf Frauen, teilweise mit Partnern, die unter anderem über die Themen Elterngeld und Mutterschutz informiert wurden. Im Rahmen einer Eilentscheidung konnten für



Der Sozialpsychiatrische Dienst stellt sich mit einem Faltblatt vor.



Der Aktionskreis Suchtprophylaxe setzt sich für ein einheitliches Präventionsverständnis im Main-Tauber-Kreis ein.

eine Frau Mittel der Stiftung „Familie in Not“ beantragt werden.

### 6.5. Kommunale Suchtprävention

Den Aktionskreis Suchtprophylaxe (AKS) gibt es bereits seit 29 Jahren. Er ist ein unabhängiger offener Arbeitskreis, bestehend aus verschiedenen Institutionen und Ehrenamtlichen, die sich für die Sucht- und Gewaltprävention im Landkreis einsetzen. Durch die Vernetzung entsteht ein einheitliches Präventionsverständnis, in dem verbindliche und dauerhafte Präventionsstrukturen etabliert werden können.

Die Kommunale Suchtbeauftragte, Mitarbeiterin des Gesundheitsamtes, ist Vorsitzende dieses Arbeitskreises. Sie ist zuständig für die Koordinierung und Vernetzung der Maßnahmen und Aktivitäten zur Suchtprävention und Suchthilfe. Die Vernetzung der Suchthilfe erfolgt durch regelmäßige Sitzungen des Kommunalen Suchthilfenetzwerks. In diesem Gremium sollen mögliche Versorgungslücken aufgedeckt und soll der Bedarf an speziellen Maßnahmen ermittelt werden.

Die Bedarfsanalyse für essgestörte Personen im Main-Tauber-Kreis zeigte

einen Bedarf in Form von Beratungsangeboten. Laut Statistik der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg sind im Jahr 2009 bei 245 Personen Essstörungen diagnostiziert worden. 2010 waren es 219 Personen, 2011 166 Personen und 2012 174 Personen. Bedenklich allerdings ist, wenn man die Zahlen im Verhältnis zum Alter der Erkrankten sieht. 2012 litten in der Altersgruppe von 10 bis 18 Jahren 43 Kinder bzw. Jugendliche unter Essstörungen.

2013 sank die Gesamtzahl auf 144 Personen; bezogen auf die Altersspanne von 10 bis 18 Jahren waren es 34 Kinder und Jugendliche. Hierbei werden nur GKV-Versicherte erfasst, also keine Privatpatienten und nur Personen, die eine gesicherte Diagnose haben. Daher muss von einer großen Dunkelziffer ausgegangen werden, da auch Personen, die sich in Bayern behandeln lassen, nicht erfasst werden.

Aufgrund der Datenlage wurden Beratungen zu Essstörungen in die Leistungsvereinbarung der Beratungsstellen mit aufgenommen und für das Jahr 2014 ein Schwerpunkt auf die Prävention von Essstörungen gesetzt. Im Februar 2014 wurde die Ausstellung „Pro-

blemzone“ in den Main-Tauber-Kreis geholt, um die Präventionsarbeit in diesem Bereich zu verbessern. Ein Besuch der Ausstellung dient als Einstieg in die Auseinandersetzung mit dem Thema Essstörungen.

Innerhalb einer Aktionswoche fanden 25 Workshops statt. Die teilnehmenden Schüler wurden dafür geschlechterspezifisch getrennt. Teilgenommen haben ein Gymnasium mit den Klassen 7 und 9, eine Werkrealschule und eine Realschule jeweils mit den 9. Klassen, zudem zwei Berufsschulen mit der zweijährigen Berufsfachschule Gesundheit und Pflege sowie der zweijährigen Berufsfachschule für Hauswirtschaft und Ernährung. So konnten insgesamt zirka 375 Schüler und Schülerinnen erreicht werden.

Zudem fand ein Vortrag von Dr. Schickedanz, Chefarzt der Kitzbergklinik in Bad Mergentheim, über das Erkennen und die Behandlung von Essstörungen für Eltern, Beratungsstellen und Interessierte statt.

Des Weiteren wurde eine Multiplikatorenschulung zum Thema „Essstörungen und sinnvolle Prävention“ für Lehrer, Präventionsfachkräfte und Schulsozialarbeiter durchgeführt. Dabei wurden Projektideen zur Gesundheitsförderung und Prävention von Essstörungen vermittelt, die sich insbesondere für die pädagogische Arbeit in Schulen eignen.

### 7. Heimaufsicht

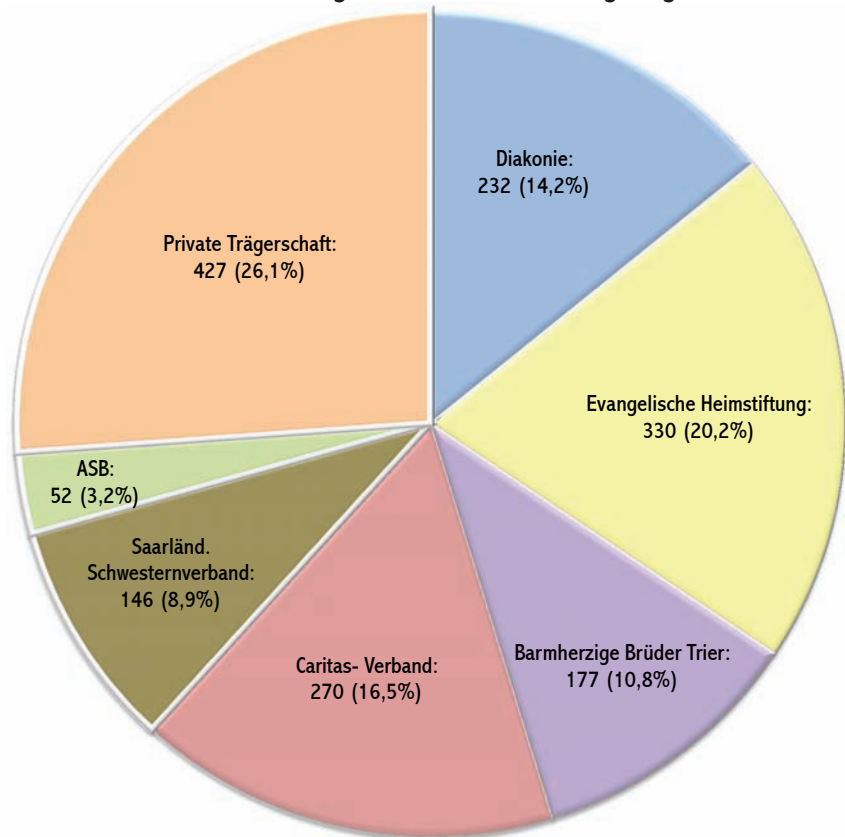
Die Heimaufsicht des Main-Tauber-Kreises prüfte im Jahr 2014 alle 25

vollstationären Pflegeeinrichtungen. Im Rahmen der Begehungen konnten grundsätzlich hochwertige und dem aktuellen Standard entsprechende pflegerische und hygienische Leistungen bescheinigt werden. Durch die Schließung des Städtischen Alten- und Pflegeheimes Bad Mergentheim befindet sich zum Jahresende keine Einrichtung mehr in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft.

Die durchschnittliche Belegung der Einrichtungen an den Begehungstagen betrug (bezogen auf die Bettenanzahl laut Versorgungsverträge) 89,6 Prozent. Tatsächlich standen 1024 Pflegeplätze in Einzelzimmern zur Verfügung (63,6 Prozent der tatsächlich zur Verfügung stehenden Betten). Für weitere 586 Pflegebedürftige (36,4 Prozent) war eine Unterbringung in einem Doppelzimmer möglich. Der prozentuale Doppelzimmerbettenanteil in den Einrichtungen ist hierbei sehr unterschiedlich. Als höchster Wert wurde eine Quote von 76,19 Prozent ermittelt.

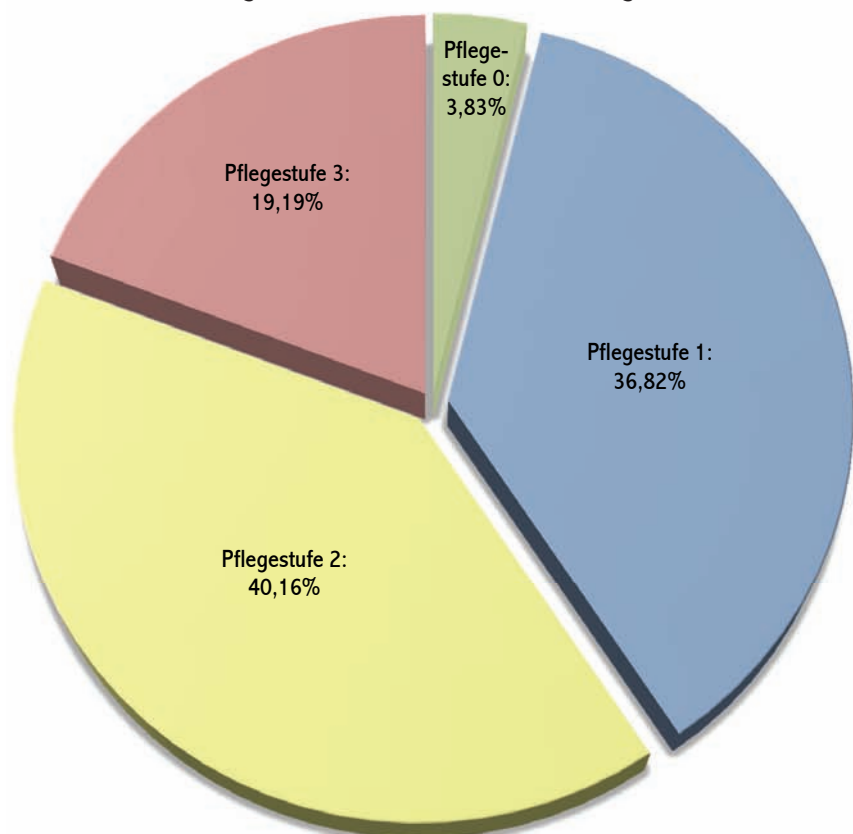
In den kommenden Jahren werden weitere Einrichtungen errichtet werden, um dem demographischen Wandel und den gesetzlichen Bestimmungen, beispielsweise der Landesheimbauverordnung, Rechnung zu tragen. So sind derzeit neue Einrichtungen in Grünsfeld, Distelhausen, Kulsheim und Königshofen angedacht bzw. in Planung. Zahlreiche bestehende Einrichtungen beabsichtigen umfassende bauliche Maßnahmen, um den heutigen Anforderungen und Erwartungen der Bevölkerung und des Gesetzgebers gerecht zu werden.

### Anzahl der Pflegebetten der Einrichtungsträger



Die Grafik zeigt, wie sich die Pflegebetten in den Heimen laut der Versorgungsverträge verteilen.

### Verteilung der Heimbewohner auf die Pflegestufen



Die Grafik zeigt, wie sich die Bewohner der Pflegeheime auf die Pflegestufen verteilen.

### 8. Betreuungsbehörde

Von Betreuung betroffen sind Volljährige, die aufgrund einer psychischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung ihre rechtlichen Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht selbst besorgen können. Im Main-Tauber-Kreis waren hiervon zum Jahresende 1491 Personen betroffen. Hinsichtlich des Geschlechts gab es keine großen Unterschiede. So handelte es sich um 736 männliche und 755 weibliche Betreute.

Neu angeordnet wurden im Jahr 2014 243 rechtliche Betreuungen. Hinzu kamen noch 71 zugezogene Personen, die bereits unter rechtlicher Betreuung standen. Beendet wurden im gleichen Zeitraum 279 Betreuungen. Somit ergab sich zum Jahresende ein nomineller Anstieg um 35 Betreuungen gegenüber dem Vorjahr. Erfahrungsgemäß wird sich diese Zahl im Laufe des folgenden Jahres noch reduzieren, da der Betreuungsbehörde noch nicht alle im Jahr 2014 beendeten Betreuungen mitgeteilt worden sind.

Rechtlich betreut werden diese Personen überwiegend ehrenamtlich von Familienangehörigen, Freunden und Bekannten (69,05 Prozent). Die restlichen Betreuungen (30,05 Prozent) werden von Berufsbetreuern geführt.

Eine Betreuung ist nicht erforderlich, soweit die Angelegenheiten des Volljährigen durch einen Bevollmächtigten ebenso gut wie durch einen Betreuer besorgt werden kann. Mit der Erteilung einer General- und Vorsorgevollmacht kann man rechtzeitig Vorsorge treffen.

Mit dem 2. Betreuungsrechtsänderungsgesetz, das am 1. Juli 2005 in Kraft trat, wurde den Betreuungsbehörden die Kompetenz übertragen, Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen öffentlich zu beglaubigen. Mit der öffentlichen Beglaubigung der Unterschrift des Vollmachtgebers durch die Betreuungsbehörde erfüllt die Vorsorgevollmacht nicht nur bestimmte rechtliche Voraussetzungen, sondern erhöht auch die Akzeptanz im Rechtsverkehr.

Im Main-Tauber-Kreis wird von dieser Beglaubigungsmöglichkeit rege Gebrauch gemacht. Im Regierungsbezirk Stuttgart belegt der Main-Tauber-Kreis in diesem Bereich seit Jahren den absoluten Spitzenplatz. So wurde auch im Jahr 2014 mit 874 öffentlich beglaubigten General- und Vorsorgevollmachten wieder ein sehr gutes Ergebnis erreicht. Grundlage für diese Spitzenposition, landesweit belegt der Main-Tauber-Kreis den 2. Platz, ist nach wie vor die gute Zusammenarbeit der hiesigen Betreuungsbehörde mit dem Betreu-

ungsverein der Lebenshilfe, welcher regelmäßig über Vorsorgevollmachten informiert und bei der Errichtung beratend tätig ist, zu erwähnen.

Schwerpunkt der Arbeit der Betreuungsbehörde ist die Unterstützung des Betreuungsgerichts bei der Aufklärung des Sachverhalts. Durch das Gesetz zur Stärkung der Funktion der Betreuungsbehörde, das am 1. Juli 2014 in Kraft trat, ist die Betreuungsbehörde künftig obligatorisch in jedem Verfahren zu beteiligen. Gleichzeitig besteht seitens der Betreuungsbehörde die Verpflichtung, einen qualifizierten Sozialbericht zu erstellen sowie andere Hilfen zu vermitteln, die einen rechtlichen Betreuer entbehrlich machen. Im Main-Tauber-Kreis wurde daher eine deutliche Steigerung an Sozialberichten verzeichnet. In den vergangenen Jahren ist die Anzahl der Sozialberichte kontinuierlich von 177 im Jahre 2011 auf 252 im Jahr 2014 gestiegen. Durch das neue Gesetz rechnet die Betreuungsbehörde mit einem weiteren deutlichen Anstieg an Sozialberichten.



In Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht kann man seinen Willen dokumentieren.